

Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis in Pandemiezeiten

Mercator Science-Policy Fellowship-Programm: Podiumsdiskussion zum Auftakt des Jahrgangs 2021/22

In Zeiten der Corona-Pandemie können sich Wissenschaftler*innen über ein gesteigertes öffentliches Interesse freuen. Doch bedeutet dies zugleich, dass sich dafür auch eine gewisse Kompetenz mitbringen können, fragte Rebecca Schmidt, Geschäftsführerin des Forschungsverbundes Normative Ordnung der Goethe-Universität, einleitend in die Diskussionsrunde am ersten Abend der Präsenzphase des Fellowship-Jahrgangs 2021/22. Prof. Tanja Brühl, Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt, hob hervor, dass Wissenschaft nun zunehmend gefordert sei, proaktiv zu kommunizieren. Dies sei aber keine Selbstverständlichkeit, daher benötige sie unterstützende Strukturen seitens ihrer Hochschule. An der TU Darmstadt habe man sich mit einem Chief Communication Officer im Präsidium entsprechend verstärkt. Es sei auch eine Herausforderung für Wissenschaftler*innen, so Brühl, nicht nur Mitteilungen zu senden, sondern mit verschiedenen Akteuren zu interagieren. Man habe oft noch eine „historische Zurückhaltung“, wenn es darum gehe, direkt die Politik anzusprechen.

Vertrauensgewinn - Vertrauensverlust

Prof. Stephan Jolie, Vizepräsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, nannte einleitend zwei Beispiele, um die veränderte Situation der Wissenschaft zu beschreiben: Die Impfstoffentwicklung von BioNTech habe nachhaltig die Bedeutung der Grundlagenforschung untermauert. Die erkenntnisreiche Forschung der Mainzer Sozial- und Rechtspsychologin Pia Lamberty zu Verschwörungstheorien habe zugleich auch vor Augen geführt, wie Forscher*innen in eine Lage der Bedrohung geraten könnten. In einer neuen Medienlandschaft, die auch von Filterblasen geprägt sei, müsse zum Vertrauen in Medien geforscht werden. Die Kompetenz der Vermittlung von Wissen

sei auch ein wichtiger Aspekt in Lehre und Studium.

Dr. Alexander Schmidt-Gernig, Leiter des Referats Nachhaltigkeit und Gesundheitskompetenz im Bundesministerium für Gesundheit, sprach davon, dass sein Ministerium von der Pandemie regelrecht „überrollt“ worden sei, der Druck sei sehr groß. Aus der Wissenschaft käme ein sehr hoher Input, was für die Politik Stress zugleich bedeute, dieses Wissen auch zu verarbeiten. Das Bild der Wissenschaft sei heute sehr heterogen und reiche von der Virologie über Digitalisierung bis hin zur Gesundheitskompetenz. Es bedürfe noch viel Forschung, wie die Gesellschaft mit der zunehmenden Fülle an Daten und Wissen umgehen könne.

Auch Dr. Katja Zboralski, Leiterin des Grundsatzreferats Innovation und Transfer im Bundesministerium für Bildung und Forschung, sieht die Ministerien in turbulenten Zeiten. Zum einen stünde der Bildungsbereich vor großen Herausforderungen, musste doch die Lehre kurzfristig auf den digitalen Modus umschalten. Zum anderen habe die Förderpolitik sehr schnell der neuen Lage angepasst werden müssen. Programme zur Impfstoffentwicklung und zur Modellierung von Phänomenen der Pandemie seien aufgelegt worden. Auch im Bereich der Geisteswissenschaften sei vieles angeschoben worden, wie zum Beispiel Projekte zur Resilienz, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Demokratiebildung. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik habe eine neue Qualität erhalten, dies solle man weiter ausbauen, so Zboralski.

„Chance des Drucks“

Es gäbe eine Chance des Drucks, bekräftigte auch Tanja Brühl. Die Entwicklung des Impfstoffs durch BioNTech sei sehr schnell gegangen; aber Grundlagenforschung benötige Zeit. Für die Transformation von Gesellschaft



Podiumsdiskussion im Gästehaus der Goethe-Universität (v. l. n. r.): Dr. Alexander Schmidt-Gernig, Prof. Tanja Brühl, Rebecca Schmidt, Prof. Stephan Jolie u. Dr. Katja Zboralski. Foto: Dettmar

bräuchte man einen langen Atem, so Brühl. Alexander Schmidt-Gernig verwies auch auf die Rolle der Medien: Nach Ausbruch der Pandemie sei in vielen Sendungen und Beiträgen zum einen eine große Empörung, zum anderen aber auch hohe Erwartungen formuliert worden. Sehr schnell habe es durch die Präsenz der Pandemie in den Medien „80 Millionen Virologen“ in Deutschland gegeben. Tanja Brühl machte auf den Unterschied zwischen verschiedenen Medien deutlich. In Social Media treffe man oft auf viele „Meinungs-Bubbles“. Hingegen leiste der Podcast von Prof. Christian Drosten und Prof. Sandra Ciesek eine vorbildliche Aufklärung. In den zahlreichen Talkshows habe sich gezeigt, dass es nicht die eine Wahrheit gebe, Wissenschaft vielmehr als ein Prozess verstanden werden müsse. Dies könne aber noch stärker vermittelt werden. Stephan Jolie erinnerte an das Prinzip einer „Komplexitätsreduktion“ in der Kommuni-

kation; aus dem potentiell Wissbaren müsse erst noch Wissen entstehen. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden Aspekte des Zusammenspiels von Politik und Wissenschaft vertieft. Die Unabhängigkeit der Wissenschaftler*innen sei wichtig, die Universitäten sollten sich nicht nur nach den Wünschen der Politik ausrichten. Wissenschaft dürfe sich nicht nur als Politikberatung begreifen. Politik bedürfe aber gerade in Krisen dringend der Entscheidungshilfen; dafür seien möglicherweise auch neue Formate des Austausches zwischen Politik und Wissenschaft notwendig. Im Hinblick auf künftige Krisen sei es wichtig, so ein weiterer Beitrag, dass sich Wissenschaft verstärkt interdisziplinär aufstelle. In der Wissenschaftskommunikation bedürfe es einer klaren Strategie, wer zu welchem Thema sprechen kann. df

MERCATOR SCIENCE-POLICY FELLOWSHIP-PROGRAMM FEIERT FÜNFJÄHRIGES JUBILÄUM

Rhein-Main-Universitäten schließen erste Förderphase des Fellowship-Programms ab.

Seit 2016 fördert das Mercator Science-Policy Fellowship-Programm der Rhein-Main-Universitäten Frankfurt, Darmstadt und Mainz den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. In persönlichen Gesprächen können sich Führungskräfte aus dem öffentlichen Sektor, Zivilgesellschaft und Medien mit Forschenden im Rhein-Main-Gebiet austauschen. Das Netzwerk umfasst mittlerweile 157 Führungskräfte, welche seit Programmbeginn über 1.900 Gespräche mit knapp 620 Forschenden an den drei Rhein-Main-Universitäten und weiteren Wissenschaftseinrichtungen in der Region geführt haben.

Professor Enrico Schleiff, Präsident der Goethe-Universität, sieht eine wichtige gesellschaftliche und politische Funktion des Programms: „Spätestens die Corona-Pandemie hat den Bedarf eines kontinuierlichen und ergebnisoffenen Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft aufgezeigt. Solche Dialogmöglichkeiten schafft unser Fellowship-Programm. Der Austausch ist für beide Seiten sehr gewinnbringend: Die Führungskräfte aus der Praxis erhalten Zugang zu aktuellen Forschungsergebnissen, während die mitwirkenden Forschenden Praxisperspektiven auf Ihre Arbeitsgebiete kennenlernen.“

Auch die Präsidentin der TU Darmstadt, Professorin Tanja Brühl betont die Relevanz des Dialogs: „Universitäten kommen so ihrer Aufgabe nach, mit verschiedenen

Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zu interagieren. Wir freuen uns deshalb sehr, Fellows aus so vielfältigen Bereichen wie Ministerien, Medien, Nichtregierungsorganisationen sowie der EU-Kommission und internationalen Organisationen wie der OECD oder den Vereinten Nationen zu haben. Forschende und Fellows diskutieren Themen wie Klimawandel, Digitalisierung oder die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie – Austausch gelingt in beide Richtungen.“

Für Professor Georg Krausch, Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, ist das Fellowship-Programm ein Paradebeispiel für gelungene standortübergreifende Kooperation: „Nur wenige Wissenschaftseinrichtungen weltweit richten solche Dialogprogramme in dieser Größenordnung aus. Dank der Universitäten Frankfurt, Darmstadt und Mainz sowie zahlreicher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und weiterer Hochschulen ist das Rhein-Main-Gebiet eine der wichtigsten Wissenschaftsregionen Deutschlands. Im Verbund können wir ein nahezu vollständiges Fächerspektrum anbieten, wovon die Führungskräfte aus der Praxis besonders profitieren.“

Dr. Wolfgang Rohe, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stiftung Mercator, hat das Programm seit seiner Entstehung begleitet: „Das Fellowship-Programm hat sich als sehr effektives Transferformat etabliert, welches für viele Forschende und Führungskräfte aus der Praxis häufig

erstmalig einen strukturierten Dialog ermöglicht. Wir benötigen mehr Austausch zwischen Wissenschaft und Politik auf allen Ebenen. Wir beglückwünschen die Rhein-Main-Universitäten zu diesem schönen Jubiläum und freuen uns auf die Weiterführung des Dialogs in den nächsten fünf Jahren!“

Ende 2021 endet die erste Förderphase des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms. Das Programm wird bis Anfang 2026 weiterhin von der Stiftung Mercator gefördert.

Weitere Informationen

zum Fellowship-Programm und den ausrichtenden Wissenschaftseinrichtungen findet man unter

<https://www.uni-frankfurt.de/science-policy>